

Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Ktn. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingelast 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragende Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 45

Donnerstag, 24. Februar

1921

Die Landtagswahlen in Preußen.

Berlin, 23. Februar. Nach den amtlichen Berechnungen des Landeswahlleiters wird sich der neue preussische Landtag aus 428 Abgeordneten zusammensetzen. Davon entfallen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aus den Kreiswahlbezirken 97, aus der Berechnung der Reststimmen 10, und aus Oberschlesien 7; das macht zusammen 114 Abgeordnete; auf das Zentrum 54, plus 6 plus 11, zusammen 71, auf die Deutschdemokratische Partei 14 plus 11 plus 1, zusammen 26; auf die Deutschnationale Volkspartei 62, plus 12 plus 1, zusammen 75; auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 18, plus 9 plus 2, zusammen 29; auf die Deutsche Volkspartei 48, plus 30, plus 58; auf die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands 20 plus 10, zusammen 30, auf die Deutschhannoversche Partei 9 plus 2, zusammen 11, auf die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 1 plus 3, zusammen 4, darunter ein Abgeordneter aus dem Landeswahlbezirk. Das sind also zusammen 428 Abgeordnete.

Berlin, 23. Februar. Nach der Meinung der „Germania“ ist die Grundfrage aller nachrevolutionären Politik Deutschlands nicht zu erschüttern, daß gegen die Sozialdemokraten nicht regiert werden kann. Scheidemann erklärt im „Achtstundentagblatt“ auch fernerhin ein Gegner jedes Zusammenarbeitens mit der Deutschen Volkspartei zu sein. Es könnte höchstens davon die Rede sein, daß die Entscheidung davon abhängt, auf Grund welchen Aktionsprogramms eine neue Regierung im Reich arbeiten soll. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, könne aber die endgültige Entscheidung der Sozialdemokraten noch nicht gefasst werden, da die einzig zuzählende Parteiführung, die sozialdemokratische Landtagsfraktion, noch nicht zusammengesetzt ist. Die Deutsche Volkspartei vertritt, wie der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus führenden Kreisen der Partei mitgeteilt wird, nach wie vor die Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Reichssozialisten im Reich wie in Preußen. Die „Germania“ lehnt erneut die Teilnahme des Zentrums an einer rein bürgerlichen Regierung, wie sie von den Deutschnationalen gefordert wird, ab.

Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein †.

Primkenau, 22. Februar. Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der Bruder der ehemaligen Kaiserin Auguste Viktoria, ist heute nachmittags nach kurzem Krankenlager am Herzschlag gestorben.

Herzog Ernst Günther, ein Bruder der ehemaligen Kaiserin, war am 11. August 1863 geboren und General der Kavallerie à la suite der preussischen Armee. Seit 1894 war er erbliches Mitglied des früheren preussischen Herrenhauses gewesen. Im Jahre 1898 hatte er sich mit Dorothea Prinzessin von Sachsen-Koburg-Gotha vermählt.

Berufung Reiners nach Berlin?

Der „Sächsischen Zeitung“ zufolge besteht die Absicht, den derzeitigen Generalmusikdirektor der Sächsischen Staatsoper Fritz Reiner in eine führende Stellung an ein erstes Berliner Konservatorium zu berufen.

Die Freigabe der kleinen deutschen Vermögen in Italien

Rom, 23. Februar. Der Handelsminister hat die Präfekten ermächtigt, die kleinen deutschen Vermögen im gegenwärtigen Werte von etwa 10.000 Lire freizugeben.

Sturz der persischen Regierung.

Paris, 23. Februar. Nach den vom „Echo de Paris“ veröffentlichten Nachrichten aus Teheran soll der persische General Reza Khan von Raswin an der Spitze von 2.000 Kowakern in der Nacht vom 20. zum 21. d. M. vor Teheran angekommen sein, dessen er sich ohne Kampf bemächtigt habe. Er habe die Regierung gestürzt und sich aller Bewahlungen bemächtigt. Der General sei alsdann in Verhandlungen mit dem Schah eingetreten. Reza Khan habe dem französischen Gesandten die Versicherung gegeben, daß er die Verantwortung für die Sicherheit aller Franzosen übernehmen werde.

Artikel 235 des Versailler Vertrags.

Die gezahlten deutschen Milliarden.

Paris, 22. Februar. Der „Temps“ stellt eine Reihe von Fragen, die sich auf die Wiederherstellungen beziehen, wobei er den Artikel 235 des Versailler Vertrags über die Zahlung von 20 Milliarden als Ausgangspunkt nimmt. Zudem er darauf hinweist, daß die Wiederherstellungskommission die von Deutschland geleisteten Zahlungen auf 8,5 Milliarden Goldmark bewertet, fragt er

1. ist die Zahlung über 20 Milliarden unabhängig von den 42 Jahresraten, die durch das Pariser Abkommen vom 29. Januar vorgesehen sind?

2. wenn diese Zahlung unabhängig ist, wie sollen dann die Verbündeten den Saldo von 11 1/2 Milliarden einziehen?

3. woher kommt es, daß Deutschland die bereits erfolgten Zahlungen auf 21 Milliarden schätzt? Warum dieser ungeheure Unterschied in den Schätzungen?

Nicht die Wiederherstellungskommission selbst muß darum befragt werden, schreibt der „Temps“, sondern an die verbündeten Regierungen müssen diese Fragen gestellt werden, und sie werden erklären, warum.

Die nachträglichen Reichstagswahlen.

Berlin, 22. Februar. Auf Grund der Reichstagswahlen in Esprengen und Schleswig-Holstein ergibt sich unter Berücksichtigung der noch nicht verwendeten Reststimmen vom 6. Juni 1920 folgende Verschiebung innerhalb der Parteien des Reichstages: Zahl der Abgeordneten: Deutschnationale Volkspartei bisher 66, künftig 71,

Deutsche Volkspartei bisher 62, künftig 65, Hannoversche Landespartei bisher 5, künftig auch 5, Zentrum bisher 67, künftig 68, Bayerische Volkspartei bisher 21, künftig auch 21, ebenso Bayerischer Bauernbund bisher 4, künftig auch 4, die Deutsche Demokratische Partei bisher 45, künftig 40, Sozialdemokraten bisher 113, künftig 108, Unabhängige bisher 59, künftig 61, Kommunisten bisher 24, künftig 26, also zusammen bisher 466 und künftig zusammen 469.

Berlin, 22. Februar. Nach den beim Reichswahlleiter eingegangenen vorläufigen Meldungen über das Ergebnis der Reichstagswahlen in den Wahlkreisen I (Ostpreußen) und XIV (Schleswig-Holstein) haben die nachgenannten Parteien folgende Stimmen erhalten: I. Ostpreußen: die Deutschnationalen 290 643, die Sozialdemokraten 224 235, die Deutsche Volkspartei 138 784, Zentrum 88 423, die vereinigten Kommunisten 67 862, die Unabhängigen 52 002, die Deutsche Demokratische Partei 51 518, die Polnische Partei 12 175, die Wirtschaftspartei des Mittelstandes 9 197. Abgeordnetenliste haben erhalten die Deutschnationalen 4, die Sozialdemokraten 3, die Deutsche Volkspartei 2, das Zentrum 1 und die vereinigten Kommunisten 1. — II. Im 14. Wahlkreis Schleswig-Holstein erhielten die Deutschnationalen 140 354, die Sozialdemokraten 266 227, die Deutsche Volkspartei 127 407, das Zentrum 54 15, die vereinigten Kommunisten 41 002, die Unabhängigen 30 604, die Deutschen Demokraten 84 200, die schleswig-holsteinische Landespartei 25 217, der schleswig-holsteinische Verein 4648. Abgeordnetenliste haben erhalten die Deutschnationalen 2, die Sozialdemokraten 4, die Deutsche Volkspartei 2 und die Deutschen Demokraten 1 St. Durch Berechnung der Reststimmen im Wahlkreisverband sind keine Sitze zu besetzen. Durch Berechnung der Reststimmen auf die Reichswahlvorschlüge erhalten noch die sozialdemokratische Partei 1 St., das Zentrum 1 St., die Deutsche Demokratische Partei 2 Sitze, die Deutschnationale Volkspartei 2 Sitze, die Deutsche Volkspartei 1 St., die Unabhängigen 2 Sitze und die Kommunisten 1 St.

Serbien verlangt 55 Milliarden Entschädigung.

Belgrad, 22. Februar. „Politika“ meldet, daß Serbien seine Ansprüche auf die deutsche Wiederherstellung folgendermaßen beziffert hat: die Kriegsschäden, die Serbien erlitten hat, betragen 9,4 Milliarden Dinars, die persönlichen Entschädigungsforderungen belaufen sich auf 17,7 Milliarden. Dazu kommen noch 1 Milliarde Kriegsentschädigung für Montenegro und Ersatz der Kosten der freiwilligen Armee in der Dobrußa. Die Forderungen Serbiens betragen daher zusammen 30 Milliarden Dinars (oder 55 Milliarden M.).

Loucheur über die Entschädigungen.

Paris, 23. Februar. Wie „Echo de Paris“ mitteilt, hat der Minister Loucheur, der gestern in London angekommen ist, vor seiner Abreise aus Paris erklärt, er so wenig wie Briand würden in London in Gegenwart der Deutschen von der einmal in Paris festgesetzten Entschädigungssumme abgehen. Nur über die Zahlungsmodalitäten könne eine nähere Erörterung Platz greifen.

Die amerikanische Regierung und die Mandatfrage.

Paris, 23. Februar. Nach einer Havannemeldung kritisiert es in dem vom amerikanischen Botschafter Wallace dem Präsidenten des Völkerbundes übermittelten Schreiben, das eine Mitteilung der amerikanischen Regierung in der Mandatfrage ankündigt, u. a.: Ich habe die Ehre, im Namen meiner Regierung darum zu ersuchen, daß keine endgültige Entscheidung über irgendeinen Punkt in der Frage der Mandate getroffen werde, bevor sie die erwähnte Mitteilung erhalten hat, die Ihnen spätestens am Mittwoch zugehen wird. Der Präsident des Völkerbundes hat Gunha sagt in seinem Antwortschreiben: Entsprechend dem gedachten Wunsch wird jede

endgültige Entscheidung über die Pläne betreffend die Mandate, die gegenwärtig in Verhandlung sind, bis nach Eintreffen der amerikanischen Mitteilung aufgeschoben werden. Die gegenwärtig zur Beratung stehenden Mandatentwürfe beziehen sich auf Kleinasien und Zentralafrika.

Das Ministerium Harding.

Paris, 23. Februar. Nach einer Radiomeldung aus Washington ist das Ministerium des neuen Präsidenten Harding nunmehr gebildet. Es setzt sich wie folgt zusammen: Staatssekretär Charles Hughes, Schatzsekretär William Mellon, Krieg John D. Ring, Ackerbau Henry Wallace, Justiz Henry Taft, Inneres Albert Fall, Marine Edwin Denby, Arbeit James John Davis, Handel Hoover.

Die Neugestaltung des französischen Heeres.

Paris, 23. Februar. Der Kriegsminister Barthelemy hat gestern mit dem Kammerausschuß für Heeresangelegenheiten beraten. Er hat die Entwurfs seines Vorgängers Andre Lefevre über die Neugestaltung des Heeres, besonders über die Dauer der Dienstzeit aufrecht erhalten.

Rubar Pascha in London.

London, 23. Februar. Der Vorsitzende der armenischen Abordnung Rubar Pascha ist in London eingetroffen, um sich zur Verfügung der Konferenz zu halten. Er ist zuversichtlich, daß für den Fall, daß irgendeine Abänderung des Vertrages von Sèvres vorgenommen wird, die Klausel, durch die ein armenischer Staat errichtet wurde, aufrechterhalten und durchgeführt werde, damit Tausende von Armeniern in die Heimat zurückkehren können.

Der neue spanische Kammerpräsident.

Paris, 23. Februar. Nach einer Radiomeldung aus Madrid ist Daniel Guerra mit 306 von 306 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt worden.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Von unserem Berliner 2-Mitarbeiter.

Berlin, 22. Februar. Die deutschen Proteste scheinen gefruchtet zu haben, denn, wenn sich die Nachricht des „Temps“ bestätigt, haben sich die Regierungen der Verbandsländer mit der von Deutschland geforderten Abstimmung in Oberschlesien an einem Tage einverstanden erklärt. Bekanntlich hatte man in Paris auf polnische Einflüsse hin durchgesetzt, daß die außerhalb Oberschlesiens wohnhaften Oberschlesier mit den zurzeit Anwesenden nicht gemeinsam an einem Tage wählen. Angeblich befürchtete man aus diesem gemeinsamen Wahlakt Unruhen. Aber gerade diese Gefahr wurde durch den Beschluß des Obersten Rates, die Abstimmung an zwei Terminen vorzunehmen, nicht behoben, sondern im Gegenteil verschärft, denn wenn die Einheimischen zuerst abgestimmt hätten, so hätte die polnische Propaganda es nicht unterlassen, das Abstimmungsergebnis der ersten Gruppe in jedem Falle als ein den Polen günstiges hinzustellen, und so auf die nachfolgende zweite Gruppe der außerhalb Oberschlesiens Wohnenden einen ungünstigen Druck durch Terror oder sonstige ungesetzmäßige Mittel ausgeübt. Diese Gefahr lag so auf der Hand, daß man sich jetzt wohl beim besten Willen den deutschen Einwänden gegen die vom Obersten Rat beschlossene einstündige Berlegung des Versailler Friedensvertrages nicht länger verschließen konnte.

Die polnisch-französische Auffassung ist also unterlegen gegenüber der englischen, die in der oberschlesischen Frage von jeher einen wenn nicht Deutschland günstigen, so doch wenigstens unparteiischen Standpunkt eingenommen hat. Die englische Beweisführung ging dabei von der Tatsache aus, die ja auch von der deutschen Regierung stets in den Vordergrund gerückt worden ist, daß von der Lösung der oberschlesischen Frage in erheblicher Weise die Erfüllung des Friedensvertrages durch Deutschland abhängig ist, weil man einem um ein so wertvolles Gebiet verkleinerten Deutschland unmöglich dieselben Zahlungsverpflichtungen auferlegen könne wie einem unverletzten Deutschland. Dazu kommt, daß man auch wohl bei unseren Gegnern einzusehen beginnt, daß die Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland für das letztere Land wohl ein empfindlicher Schaden wäre, daß aber andererseits noch keineswegs feststeht, ob der Nutzen der Oberschlesien Polen bringen würde, in einem angemessenen Verhältnis dazu steht. Diese Frage kann man auch in Paris und London nicht anders als verneinen, denn man müßte dort blind sein, wenn man den ungeheuren und stetig fortschreitenden Niedergang nicht sehen wollte, in den das von Deutschland bereits abgetretene polnische Gebiet infolge dieses Besitzwechsels geraten ist. Das einst so blühende Polen steht wirtschaftlich zurzeit etwa auf dem Stande von Warschau. Nach polnischen Blättern, also einer ganz unerblicklichen Quelle, kostet in Polen ein Hund 1500 M., ein Paar Schuhe 4000 M., ein Hotelzimmer täglich 150 bis 200 M. Es kann keine Frage sein, daß auch Oberschlesien von einer derartigen Teuerung nicht verschont bliebe, wenn es zu Polen käme. In dem eigentlichen Kongresspolen aber ist die Not und das Elend natürlich noch viel trasser, und wenn jetzt polnische Arbeiter, die unbefugterweise die oberschlesische Grenze überschritten haben, bei ihrer Festnahme erklärten, daß sie vom Hunger herübergetrieben worden seien, so ist das nur zu glaublich. Unter diesen Umständen braucht man kein Wort darüber zu verlieren, mit welchem Rechte es polnische Agitatoren weiterhin wagen dürfen, der oberschlesischen Bevölkerung einzureden, daß die Lage in Polen viel besser sei als in Deutschland und daß gerade die Übertragung von Oberschlesien eine Gesundung der Verhältnisse Polens bedeuten würde.

Es ist zu begründen, daß vor allem die englische Regierung die Verantwortung zu übernehmen sich weigert, unter Druck der vertraglichen Vereinbarungen Oberschlesien ohne weiteres dem Elend preiszugeben. Sein Interesse an einer unbeeinträchtigten Abstimmung bekundet es auch durch die in Aussicht gestellte Entsendung von vier Bataillonen nach Oberschlesien während der Abstimmung. Die französischen Truppen erstehen sich bekannt-